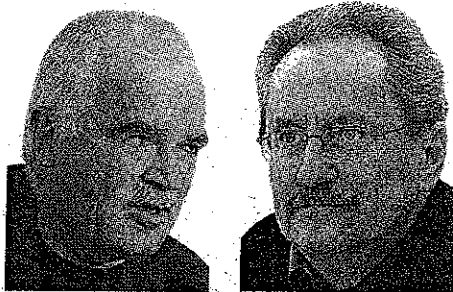


DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Führungsstreit im Blindenbund?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian, auch wenn uns beiden gestern nicht das Aschekreuz auf die Stirn gespendet wurde, wissen wir, dass der Mensch Staub ist und zum Staub zurückkehrt („... et in pulverem reverterit“). Das gilt auch für die Derivate der Hypo Real Estate Bank, wobei mit dem lateinischen Wort „pulver“ im Buch Genesis ja leider wieder nur Staub gemeint ist. Allerdings kommt nach jeder Passion immer wieder Ostern, und so schnell lassen wir uns nicht in Schrecken jagen.

Nicht nur zerbröseln, sondern ziemlich lächerlich steht derzeit auch die wechselseitige Negativpropaganda der Parteien über die Sehschwäche der jeweils anderen Partei da. Wie ein Führungsstreit im Blindenbund. Deshalb hat mir das zentrale Anliegen Deines letzten Briefes – Kampf gegen Schreckgespenste und Denkverbote – gut gefallen! In diesem Zusammenhang sollte man es in den nächsten Tagen nicht als Taktik und Kalkül kleinre-

den, wenn Horst Seehofer gestern beim CSU-Aschermittwoch in Passau einen neuen „Vertrauenspakt zwischen Bevölkerung und Politik“ gefordert hat. Jeder weiß, dass im Verhältnis Volk/Politik einiges beschädigt ist, was repariert werden muss.

Du hast in Sachen Hypo Real Estate Recht. Es ist unvermeidlich, dieses völlig außer Kontrolle geratene Institut unter staatliches Kuratel zu nehmen (nochmals: auch weil die deutsche Bankenaufsicht seit Jahren grandios versagt hat). Ob auch noch andere Banken genauso durchgeknallt und zu einer Gefahr für das Gemeinwesen geworden sind, wird sich zeigen. Die Bundesregierung hat sich in Sachen HRE jedenfalls ernsthaft und sorgfältig um die Güterabwägung bemüht. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt dazu zu Recht, dass der Vorwurf der FDP, Deutschland begeben sich mit dem Enteignungsgesetz auf den Marsch in den Sozialismus, nicht haltbar ist und in

dieser wirtschaftlichen Lage auch nicht hilfreich.

Worum es in diesem Zusammenhang wirklich geht, hat vor kurzem der von mir sehr geschätzte Journalist Peter Scholl-Latour bei der Verleihung des Richard-Löwenthal-Preises 2008 auf den Punkt gebracht:

„Der Markt ist natürlich von Anfang an ein unentbehrliches Instrument des Austausches für die Menschen gewesen. Aber der Kapitalismus, der durchaus kreativ gewesen ist, ist spekulativ geworden.“

Und:

„Der Primat der Politik über die Wirtschaft muss erhalten werden – oder die Politik ist nicht in Ordnung. Ein Staat, der dies nicht mehr garantiert, ist kein Staat mehr.“

Wenn heute das Pendel von rechts wieder nach links zurückzuschwingen beginnt, wäre es die Aufgabe von Wissenschaft und Politik, dieses Hin- und Herpendeln endlich einmal zu stoppen und nach neuen Wegen zwischen diesen Ausschlägen zu suchen. Denn inzwischen haben wir Fehler und deren Folgen beider Systeme ausreichend und leidvoll genug erfahren.

Deutschland hat in der Vergangenheit mit der Sozialen Marktwirtschaft bewiesen, dass es möglich ist, Freiheit und Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich zu verbinden.

Woran in den politischen Labors jetzt gearbeitet werden muss, ist die Suche nach einem historischen Kompromiss, der das tätige Mitleid mit Schwachen mit einer

Wiederbelebung der Starken verbindet.

Marcel Proust schrieb einst:

„Die wahre Entdeckungsreise besteht nicht darin, dass man nach neuen Landschaften sucht, sondern dass man mit neuen Augen sucht.“

Natürlich müssen wir auch in Zukunft im Auge haben, dass vor der Verteilung des ökonomischen Kuchens seine Herstellung kommt. Aber wir müssen auch die eindimensionalen Sichtweisen unserer abgestandenen Ideologien überwinden: Seien sie linker Couleur (Armut ist Folge der Ausbeutung durch Reiche) oder rechter (wer arm ist, ist entweder dumm oder faul oder beides).

Die Gründe der wirtschaftlichen Schwächephase lagen auch in einer Schwäche des Staates (mangelnde Aufsicht) und in einer Benachteiligung des Einzelnen zugunsten anonymen Kollektive plus zu hoher Steuern für alle.

Herzliche Grüße
Dein Peter Gauweiler